

„Wenn sich das nur nicht rächt“

SCHIKANEN Gimsheimer wurden verhaftet und misshandelt / Pogrom gegen jüdische Mitbürger

Von Hans-Dieter Graf

GIMBSHEIM. 80 Jahre „Macht-ergreifung“, 80 Jahre SPD-Verbot, 75 Jahre Reichspogromnacht – 2013 ist ein Jahr des Gedenkens. In einer Artikelserie soll dieser Ereignisse gedacht werden, wie sie sich am Altrhein abspielten.

Mit der Auflösung des Gemeinderates und der Besetzung der zentralen Posten mit Parteigängern war jedenfalls die „politische“ Phase der Machtergreifung auch in der Altrheingemeinde abgeschlossen.

Gleichzeitig war durch die Verhaftungswelle von März und April allen „Andersdenkenden“ signalisiert worden, welche Folgen ein Aufbegehren haben kann. Nun galt es noch diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich weiterhin nicht systemkonform verhielten. Dass sich die neuen Herren dabei auch von unpolitischen Motiven leiten ließen, etwa um „alte Rechnungen“ zu begleichen, wurde schnell deutlich. Ihre Methode war, selbst bei kleinsten „Vergehen“ oder Unbotmäßigkeiten rigoros einzuschreiten und abzustrafen.

Ohne Grund geschlagen

Als sich etwa der Landwirt Valentin Schätzel einmal zu einer spöttischen Bemerkung über ein am NSDAP-Parteilokal in der Bahnhofstraße angebrachtes Schild hinreißen ließ, bestellte man ihn umgehend auf das Rathaus, wo er „mit Gummiknäupeln misshandelt“ wurde. Manchmal mussten die Betroffenen aber auch rätseln, warum es nun gerade sie traf. So wurden im August 1933 sechs oder sieben Personen ohne weitere Begründung verhaftet und nach Worms ins Gefängnis eingeliefert. „Der Grund hierfür“, so Fritz Oswald, einer der Festgenommenen, „ist uns nicht bekannt, da wir damals ohne Verhör nach drei, vier Tagen wieder entlassen wurden.“ Ob diese Maßnahmen



Pogrom in Guntersblum am 10. November 1938: der demütigende Zug der Juden. Foto: Landesarchiv Speyer

von übergeordneten Dienststellen befohlen oder direkt von den Nazis vor Ort veranlasst worden waren, hatte für die Betroffenen keine Bedeutung.

Genau diese Erfahrung musste auch Valentin Schmitt machen. Eines Tages kamen SA-Männer in die Konradstraße, wo Schmitt zusammen mit seiner Mutter und seinem älteren Bruder lebte, und eröffneten ihm ohne Angabe eines Grundes, dass er verhaftet sei. Schmitt wurde in einem Lkw nach Worms gefahren.

Der Wagen gehörte dem jüdischen Eisenwarenhändler Hermann Grünewald aus Guntersblum. Der Fahrer des Lasters war der in vorherigen Folgen erwähnte Gimsheimer Nationalsozialist P., der von Heinrich Oswald die Herausgabe der „Dreipfeile-Fahne“ und weiterer SPD-Unterlagen verlangt hatte. Bei Grünewald war im März 1933 eine Hausdurchsuchung vorge-

nommen worden. Wahrscheinlich um das Auto vor dem Zugriff der Guntersblumer Nazis zu bewahren, hatte er das Gefährt P. aus Gimsheim übergeben. P. soll mit Grünewald „befreundet“ gewesen sein und in seinem Haus verkehrt haben bis

GIMBSHEIM 1933 Teil 7: NS-Regime

zu dessen Emigration nach Amerika. Es gibt auch weitere Indizien dafür, dass P. die Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung zuwider waren. Jedenfalls hatte er alles dazu getan, im November 1938 nicht in die sogenannte „Judenaktion“ hineingezogen zu werden und war wohl auch sehr entrüstet darüber. „Wenn sich das nur nicht einmal rächt“, soll er zu dem Guntersblumer Weinkommissionär Andreas Marquardt ge-

sagt haben, bei dem er am Nachmittag des 9. November 1938 untergetaucht war, um von seinen Gimsheimer Gesinnungsgenossen nicht zum Mitmachen aufgefordert werden zu können. An diesem Tag waren auch die anderen Gimsheimer NSDAP-Größen in Deckung gegangen. Alle drückten sich mit Ausflüchten vor der Teilnahme an der geplanten „Judenaktion“, die in Gimsheim, im Unterschied beispielsweise zu Eich oder Hamm, noch relativ glimpflich abließ. Nur einer fand sich schließlich bereit, mitzumachen, die anderen Beteiligten waren Auswärtige.

Blutiger Schweinestall

Auch jetzt hielt sich P. sehr zurück und betrat als einziger nicht das Anwesen der Schmitts, sondern blieb vor dem Hofort stehen. Das ersparte ihm auch den Anblick der aufgelöst weinenden Mutter von Valentin Schmitt, die in größter Sorge um ihren Sohn war. Die Fahrt führte die Männer in die Wormser Mähgasse in das „Rote Haus“.

So wurde die frühere Wirtschafft „Zum Fässchen“ genannt, die vor der Machtübernahme ein beliebter Treffpunkt der Wormser Kommunisten gewe-

sen war. Für den Verschleppten wurde der Aufenthalt dort zu einem traumatischen Erlebnis: „Ich wurde vom Auto sofort in einen Schweinestall gesperrt, welcher mit Blutspuren noch gezeichnet war. Nach einer halben Stunde wurde ich dann von einem SA-Mann dermaßen geprügelt, dass ich schwere Verletzungen davon trug. Gegen 5 Uhr kam ich vom Schweinestall in einen Saal unter Bewachung von Schusswaffen. Es wurde mir eröffnet, dass ich im Falle eines Fluchtversuches sofort erschossen würde. Von einem SA-Führer wurde ich später noch mit Taschenlampen misshandelt und auf Anordnung desselben auf einen Tisch geschnallt und von SA-Leuten mit Gummiknäupeln stark geprügelt. Gegen Mitternacht wurde ich dann aus dem Lager in der Mähgasse entlassen.“

Unterschrift erpresst

Damit noch nicht genug: Sonntags drauf holte ihn die SA erneut ab und brachte ihn in das NSDAP-Parteilokal. Dort musste Schmitt unter Druck ein Schriftstück unterzeichnen, dass er in der Mähgasse „eine gute Behandlung“ erfahren habe. Ferner gab man ihm zu verstehen, dass man ihn, falls er irgendetwas von dem Vorkommnis erzählen würde, „sofort wieder abholen“ würde. Als Schmitt das Schriftstück unterzeichnet hatte, versetzte ihm der Parteifunktionär und Inhaber des Lokals noch einen Faustschlag ins Gesicht. Der Grund für die Verhaftung und die Misshandlungen wurde dem Betroffenen offiziell nie mitgeteilt.

Der äußere Vorwand stand mit einem Vorfall in Verbindung, der sich am Vormittag des Verhaftungstages auf der Guntersblumer Straße kurz vor dem Ortseingang ereignet hatte. Dort geriet der als Heißsporn bekannte Schmitt mit einem alten Parteigenossen aneinander, der ihn des Holzdiebstahls bezichtigt hatte. Nach einer unter Zuhilfenahme einer Mistgabel Nachdruck verliehenen Auseinandersetzung machte sich Schmitt auf den Weg nach Hause. Der angegriffene Parteigenosse, „der alte O.“, begab sich in die Wirtschaft am Bahnhof. Am frühen Nachmittag erfolgte dann Schmitts Verhaftung.

GLEICHSCHALTUNG

► Nach dem faktischen Verbot der KPD Ende Februar und dem Verbot der SPD im Juni 1933 stellte die Zentrums-Partei als letzte Partei der alten Weimarer Republik Anfang Juli 1933 ihre politische Tätigkeit ein. Das „Gesetz

gegen die Neubildung von Parteien“ zementierte die Alleinherrschaft der NSDAP.

► Dabei hatte es bei den letzten freien Wahlen zum Gemeinderat von 1932 noch ganz anders aus-

gesehen. Da betrug der Stimmenanteil der NSDAP 24 Prozent, gegenüber 61 Prozent für die SPD und 12 Prozent für das Zentrum. Die Kommunistische Partei spielte mit einem halben Prozentpunkt nur eine untergeordnete Rolle.